

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Bericht der sozialdemokratischen Fraktion der Zweiten sächsischen Kammer.

(Schluß.)

Am 18. Januar 1910 das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts zur Beratung stand, unterzog Genosse Uhlig die im Kultus- und Unterrichtsreferat herrschenden Zustände einer scharfen Kritik und betonte, daß man in Sachen für Schulen immer viel Geld habe, während die Volksschulen unter Ungünstigsten Umständen...

Bei der Abstimmung bewilligten unsere Genossen zwar die Mittel für das Kultusministerium, lehnten aber alle gleichzeitig mit zur Beratung stehenden Forderungen für die Kirche ab.

Die Staatsausgaben für die Volksschulen sind in der Etatsperiode 1910/11 von 3 838 140 M. auf 4 037 000 M. erhöht worden. Es ist das auf das Anwachsen der Lehrer- und Schülerzahl und auf andere an anderer Stelle behandelte anderweitige Regelungen der künftigen Schulverwaltung zurückzuführen.

Die im Juli 1909 sind in den Eisenbahnverkehren in Leipzig-Engelsdorf 900 Arbeiter entlassen worden, weil sie bei der Betriebsdirektion verweigert worden waren, dem Transportarbeiterverband anzugehören. Die Verdrängung und die Ueberzeugung der Staatsbahnverwaltung, daß diese zurecht sei, hatte genügt, die Maßregelung zu verhängen und zehn Arbeiter, von denen einige 25 Jahre im Dienste der Staatsbahn gestanden und dort ihre besten Jahre verbracht hatten, ohne weiteres zu entlassen.

Die Volksschulreform stand zwar im Vordergrund aller Verhandlungen über die Volksschule, doch wurde sie von den Rednern der künftigen Fraktionen nur flüchtig gestreift, weil sie sich schon im vorigen Landtage ausführlich dazu geäußert hatten. Doch nahm diesmal die Erste Kammer Bezug auf die im vorigen Landtage angeregten Punkte zu. Das geschah aber in einem durchaus reaktionären Sinne. Es wurde nach einem Bericht des Oberbürgermeisters Beulert einer Erklärung vom 19. März, die sich stark gegen jede liberale Reform des Religionsunterrichts ausdrückte.

Die Volksschulreform stand zwar im Vordergrund aller Verhandlungen über die Volksschule, doch wurde sie von den Rednern der künftigen Fraktionen nur flüchtig gestreift, weil sie sich schon im vorigen Landtage ausführlich dazu geäußert hatten. Doch nahm diesmal die Erste Kammer Bezug auf die im vorigen Landtage angeregten Punkte zu. Das geschah aber in einem durchaus reaktionären Sinne. Es wurde nach einem Bericht des Oberbürgermeisters Beulert einer Erklärung vom 19. März, die sich stark gegen jede liberale Reform des Religionsunterrichts ausdrückte.

Die Volksschulreform stand zwar im Vordergrund aller Verhandlungen über die Volksschule, doch wurde sie von den Rednern der künftigen Fraktionen nur flüchtig gestreift, weil sie sich schon im vorigen Landtage ausführlich dazu geäußert hatten. Doch nahm diesmal die Erste Kammer Bezug auf die im vorigen Landtage angeregten Punkte zu. Das geschah aber in einem durchaus reaktionären Sinne. Es wurde nach einem Bericht des Oberbürgermeisters Beulert einer Erklärung vom 19. März, die sich stark gegen jede liberale Reform des Religionsunterrichts ausdrückte.

Die Volksschulreform stand zwar im Vordergrund aller Verhandlungen über die Volksschule, doch wurde sie von den Rednern der künftigen Fraktionen nur flüchtig gestreift, weil sie sich schon im vorigen Landtage ausführlich dazu geäußert hatten. Doch nahm diesmal die Erste Kammer Bezug auf die im vorigen Landtage angeregten Punkte zu. Das geschah aber in einem durchaus reaktionären Sinne. Es wurde nach einem Bericht des Oberbürgermeisters Beulert einer Erklärung vom 19. März, die sich stark gegen jede liberale Reform des Religionsunterrichts ausdrückte.

Die Volksschulreform stand zwar im Vordergrund aller Verhandlungen über die Volksschule, doch wurde sie von den Rednern der künftigen Fraktionen nur flüchtig gestreift, weil sie sich schon im vorigen Landtage ausführlich dazu geäußert hatten. Doch nahm diesmal die Erste Kammer Bezug auf die im vorigen Landtage angeregten Punkte zu. Das geschah aber in einem durchaus reaktionären Sinne. Es wurde nach einem Bericht des Oberbürgermeisters Beulert einer Erklärung vom 19. März, die sich stark gegen jede liberale Reform des Religionsunterrichts ausdrückte.

Die Volksschulreform stand zwar im Vordergrund aller Verhandlungen über die Volksschule, doch wurde sie von den Rednern der künftigen Fraktionen nur flüchtig gestreift, weil sie sich schon im vorigen Landtage ausführlich dazu geäußert hatten. Doch nahm diesmal die Erste Kammer Bezug auf die im vorigen Landtage angeregten Punkte zu. Das geschah aber in einem durchaus reaktionären Sinne. Es wurde nach einem Bericht des Oberbürgermeisters Beulert einer Erklärung vom 19. März, die sich stark gegen jede liberale Reform des Religionsunterrichts ausdrückte.

Die Volksschulreform stand zwar im Vordergrund aller Verhandlungen über die Volksschule, doch wurde sie von den Rednern der künftigen Fraktionen nur flüchtig gestreift, weil sie sich schon im vorigen Landtage ausführlich dazu geäußert hatten. Doch nahm diesmal die Erste Kammer Bezug auf die im vorigen Landtage angeregten Punkte zu. Das geschah aber in einem durchaus reaktionären Sinne. Es wurde nach einem Bericht des Oberbürgermeisters Beulert einer Erklärung vom 19. März, die sich stark gegen jede liberale Reform des Religionsunterrichts ausdrückte.

Die Volksschulreform stand zwar im Vordergrund aller Verhandlungen über die Volksschule, doch wurde sie von den Rednern der künftigen Fraktionen nur flüchtig gestreift, weil sie sich schon im vorigen Landtage ausführlich dazu geäußert hatten. Doch nahm diesmal die Erste Kammer Bezug auf die im vorigen Landtage angeregten Punkte zu. Das geschah aber in einem durchaus reaktionären Sinne. Es wurde nach einem Bericht des Oberbürgermeisters Beulert einer Erklärung vom 19. März, die sich stark gegen jede liberale Reform des Religionsunterrichts ausdrückte.

Die Volksschulreform stand zwar im Vordergrund aller Verhandlungen über die Volksschule, doch wurde sie von den Rednern der künftigen Fraktionen nur flüchtig gestreift, weil sie sich schon im vorigen Landtage ausführlich dazu geäußert hatten. Doch nahm diesmal die Erste Kammer Bezug auf die im vorigen Landtage angeregten Punkte zu. Das geschah aber in einem durchaus reaktionären Sinne. Es wurde nach einem Bericht des Oberbürgermeisters Beulert einer Erklärung vom 19. März, die sich stark gegen jede liberale Reform des Religionsunterrichts ausdrückte.

Die Volksschulreform stand zwar im Vordergrund aller Verhandlungen über die Volksschule, doch wurde sie von den Rednern der künftigen Fraktionen nur flüchtig gestreift, weil sie sich schon im vorigen Landtage ausführlich dazu geäußert hatten. Doch nahm diesmal die Erste Kammer Bezug auf die im vorigen Landtage angeregten Punkte zu. Das geschah aber in einem durchaus reaktionären Sinne. Es wurde nach einem Bericht des Oberbürgermeisters Beulert einer Erklärung vom 19. März, die sich stark gegen jede liberale Reform des Religionsunterrichts ausdrückte.

Die Volksschulreform stand zwar im Vordergrund aller Verhandlungen über die Volksschule, doch wurde sie von den Rednern der künftigen Fraktionen nur flüchtig gestreift, weil sie sich schon im vorigen Landtage ausführlich dazu geäußert hatten. Doch nahm diesmal die Erste Kammer Bezug auf die im vorigen Landtage angeregten Punkte zu. Das geschah aber in einem durchaus reaktionären Sinne. Es wurde nach einem Bericht des Oberbürgermeisters Beulert einer Erklärung vom 19. März, die sich stark gegen jede liberale Reform des Religionsunterrichts ausdrückte.

Petitionen.

Die gänzlich veränderte Zusammenfassung der Zweiten Kammer, der Jung nach links, machte sich auch in der Beschwerde- und Petitions-Deputation bemerkbar. Zahlreiche Petitionen mußten natürlich in der üblichen Weise erledigt werden, weil sie des allgemeinen Interesses entbehrten. Aber die Behandlung einiger wichtiger Petitionen beruht doch einen freirechtlichen Zug, ein Drängen nach einer liberalen Aufassung der Dinge. Das gilt auch teilweise von den Petitionen, die von anderen als der eigentlichen Petitions-Deputation behandelt wurden.

Die freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Sachsens ersuchte in einer Petition um Abänderung der ärztlichen Standesordnung; vor allem sollten dem Forum der Ehrengerichte alle wirtschaftlichen Fragen entzogen werden. Die aus den konfessionellen Abgeordneten und den National-Liberalen Kettner und Dr. Rudolf bestehende Minderheit der Petitions-Deputation wollte die Petition einfach auf sich beruhen lassen.

Die freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Sachsens ersuchte in einer Petition um Abänderung der ärztlichen Standesordnung; vor allem sollten dem Forum der Ehrengerichte alle wirtschaftlichen Fragen entzogen werden. Die aus den konfessionellen Abgeordneten und den National-Liberalen Kettner und Dr. Rudolf bestehende Minderheit der Petitions-Deputation wollte die Petition einfach auf sich beruhen lassen.

Die freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Sachsens ersuchte in einer Petition um Abänderung der ärztlichen Standesordnung; vor allem sollten dem Forum der Ehrengerichte alle wirtschaftlichen Fragen entzogen werden. Die aus den konfessionellen Abgeordneten und den National-Liberalen Kettner und Dr. Rudolf bestehende Minderheit der Petitions-Deputation wollte die Petition einfach auf sich beruhen lassen.

Die freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Sachsens ersuchte in einer Petition um Abänderung der ärztlichen Standesordnung; vor allem sollten dem Forum der Ehrengerichte alle wirtschaftlichen Fragen entzogen werden. Die aus den konfessionellen Abgeordneten und den National-Liberalen Kettner und Dr. Rudolf bestehende Minderheit der Petitions-Deputation wollte die Petition einfach auf sich beruhen lassen.

Die freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Sachsens ersuchte in einer Petition um Abänderung der ärztlichen Standesordnung; vor allem sollten dem Forum der Ehrengerichte alle wirtschaftlichen Fragen entzogen werden. Die aus den konfessionellen Abgeordneten und den National-Liberalen Kettner und Dr. Rudolf bestehende Minderheit der Petitions-Deputation wollte die Petition einfach auf sich beruhen lassen.

Die freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Sachsens ersuchte in einer Petition um Abänderung der ärztlichen Standesordnung; vor allem sollten dem Forum der Ehrengerichte alle wirtschaftlichen Fragen entzogen werden. Die aus den konfessionellen Abgeordneten und den National-Liberalen Kettner und Dr. Rudolf bestehende Minderheit der Petitions-Deputation wollte die Petition einfach auf sich beruhen lassen.

Die freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Sachsens ersuchte in einer Petition um Abänderung der ärztlichen Standesordnung; vor allem sollten dem Forum der Ehrengerichte alle wirtschaftlichen Fragen entzogen werden. Die aus den konfessionellen Abgeordneten und den National-Liberalen Kettner und Dr. Rudolf bestehende Minderheit der Petitions-Deputation wollte die Petition einfach auf sich beruhen lassen.

Die freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Sachsens ersuchte in einer Petition um Abänderung der ärztlichen Standesordnung; vor allem sollten dem Forum der Ehrengerichte alle wirtschaftlichen Fragen entzogen werden. Die aus den konfessionellen Abgeordneten und den National-Liberalen Kettner und Dr. Rudolf bestehende Minderheit der Petitions-Deputation wollte die Petition einfach auf sich beruhen lassen.

Die freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Sachsens ersuchte in einer Petition um Abänderung der ärztlichen Standesordnung; vor allem sollten dem Forum der Ehrengerichte alle wirtschaftlichen Fragen entzogen werden. Die aus den konfessionellen Abgeordneten und den National-Liberalen Kettner und Dr. Rudolf bestehende Minderheit der Petitions-Deputation wollte die Petition einfach auf sich beruhen lassen.

Die freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Sachsens ersuchte in einer Petition um Abänderung der ärztlichen Standesordnung; vor allem sollten dem Forum der Ehrengerichte alle wirtschaftlichen Fragen entzogen werden. Die aus den konfessionellen Abgeordneten und den National-Liberalen Kettner und Dr. Rudolf bestehende Minderheit der Petitions-Deputation wollte die Petition einfach auf sich beruhen lassen.

Die freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Sachsens ersuchte in einer Petition um Abänderung der ärztlichen Standesordnung; vor allem sollten dem Forum der Ehrengerichte alle wirtschaftlichen Fragen entzogen werden. Die aus den konfessionellen Abgeordneten und den National-Liberalen Kettner und Dr. Rudolf bestehende Minderheit der Petitions-Deputation wollte die Petition einfach auf sich beruhen lassen.

Die freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Sachsens ersuchte in einer Petition um Abänderung der ärztlichen Standesordnung; vor allem sollten dem Forum der Ehrengerichte alle wirtschaftlichen Fragen entzogen werden. Die aus den konfessionellen Abgeordneten und den National-Liberalen Kettner und Dr. Rudolf bestehende Minderheit der Petitions-Deputation wollte die Petition einfach auf sich beruhen lassen.

Die freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Sachsens ersuchte in einer Petition um Abänderung der ärztlichen Standesordnung; vor allem sollten dem Forum der Ehrengerichte alle wirtschaftlichen Fragen entzogen werden. Die aus den konfessionellen Abgeordneten und den National-Liberalen Kettner und Dr. Rudolf bestehende Minderheit der Petitions-Deputation wollte die Petition einfach auf sich beruhen lassen.

Die freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Sachsens ersuchte in einer Petition um Abänderung der ärztlichen Standesordnung; vor allem sollten dem Forum der Ehrengerichte alle wirtschaftlichen Fragen entzogen werden. Die aus den konfessionellen Abgeordneten und den National-Liberalen Kettner und Dr. Rudolf bestehende Minderheit der Petitions-Deputation wollte die Petition einfach auf sich beruhen lassen.

Die freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Sachsens ersuchte in einer Petition um Abänderung der ärztlichen Standesordnung; vor allem sollten dem Forum der Ehrengerichte alle wirtschaftlichen Fragen entzogen werden. Die aus den konfessionellen Abgeordneten und den National-Liberalen Kettner und Dr. Rudolf bestehende Minderheit der Petitions-Deputation wollte die Petition einfach auf sich beruhen lassen.

Stelle und Ursache. Einmütig rief die Linke dem Präsidenten zu, daß bei den Verhandlungen des Finanzministers zu schämen, worauf der Präsident unter fortwährenden Dankeerschlägen erklärte, gegen ausfallige Bemerkungen der Minister keine Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen, er könne auch Regierungsmitglieder nicht zur Ordnung rufen. Jurist: Die Minister sollten besonders bedacht sein, daß sie der Geschäftsordnung nicht unterliegen. Präsident: Dazu kann ich die Regierung nicht zwingen; ich behaupte aber die veredelten Ausdrücke auf beiden Seiten. Die Würde des Hauses sollte von allen Seiten bewahrt werden. Lebhaftes Ja links: Die Regierung sollte die Würde des Hauses wahren. Als Genosse Fleißner daraufhin rief: Solche Äußerungen lassen wir uns nicht gefallen, wurde er zur Ordnung gerufen. Das hätte sich der Präsident scheuen können, zumal er schließlich selbst fühlte, daß die protestierende Linke im Rechte war.

Lange machte sich die Erregung noch bemerkbar. Das Verhalten des Ministers wurde mit Ausnahme der Konfessionellen von allen Seiten verurteilt. — Der Zusammenstoß zeitigte übrigens ein an anderer Stelle schon erwähntes Nachspiel, was dadurch hervorgerufen wurde, daß der Minister bei seiner ausfalligen Bemerkung das Wort „Hui Teufel“ hatte in das Stenogramm fortrücken lassen. Die Verhandlung endete mit der Annahme des Deputationsantrages gegen die Stimmen der sozialdemokratischen und freisinnigen Abgeordneten.

Eine Eingabe des Verbandes der Bureauangestellten wurde auf die kranke Lage der Bureauangestellten hingewiesen, die durch den Einfluß der Inflations-Krise noch verschlimmert wurde. Es wurde in der Eingabe angeführt, daß nur 19 Proz. aller Bureauangestellten ein Monatsgehalt von mehr als 100 M., aber 54 Proz. weniger als 50 M. bezögen. Der Berichterstatter der Deputation, Abgeordneter Schade, suchte die Notlage auf die Ueberfüllung des Bundes zurückzuführen. Genosse Niemann wies ihm aber nach, daß vor allem die elende Bezahlung und der Umstand, daß bei Einstellungen im Staatsdienst Militäranwärter bevorzugt werden müßten, die Notlage der Leute verschuldet hätte. Die Regierung sagte zu, daß die überzähligen Schreiber im Justizdienst offene Türen hindurch sollten, doch meißeltes könne er nicht zulassen.

Eine Eingabe des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen plädierte für reichsgerichtliche Regelung der Stellenvermittlung. Unter Hinweis auf das kommende Reichsgesetz über die Stellenvermittlung beantragte die Deputation, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Genosse Lindemann betonte hierbei, daß die sozialdemokratische Fraktion nur unter der Voraussetzung diesem Antrage zustimmen, daß die sächsische Regierung im Bundesrat für die Wünsche der Studenten eintrete.

Seit dem Schluß des Landtages hat sich im Lager der bürgerlichen Parteien eine Entwicklung nach rechts vollzogen. Das gilt namentlich von den National-Liberalen, die unter Hinzunahme nach Abdrückung einiger Links-Elemente sich immer mehr mit den Konfessionellen Fühlung suchen. Es erscheint wahrscheinlich, daß die sozialdemokratische Fraktion im nächsten Landtage eine national-liberal-konfessionelle Koalition vorfindet, die Mehrheitsbildungen der Linken so gut wie ganz ausschließen dürfte. Wie dem auch sein möge, wird die National-Liberalen ohnehin meist mit der Konfessionellen. Die sozialdemokratische Fraktion wird, wenn die Koalition beschert werden sollte, für die Rechte und Interessen des Volkes mit verdoppelter Eifer und größter Energie kämpfen.

11. Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter.

k. Hamburg, 19. August 1910.

Fünfter Verhandlungstag (Wendigung).

In der Abendigung wurden zwei Kommissionsberichte entgegengenommen. Zunächst gab die Kommission Bericht, der die Anträge bezüglich Einführung von Hauschiedsgerichten und die sich auf das Tarifwesen beziehenden überlieferten wurden. Die Kommission schloß sich im wesentlichen den Vorschlägen des Hauptverbandes in bezug auf das Schiedsgerichtverfahren an. Sie setzte aber einen anderen Aufbau der Tarif- und Schlichtungsorgane fest. Schlichtungs- und Schiedsgerichtorgane sollen sein: 1. die beiderseitigen Ortsvorstände, 2. die beiderseitigen Ortsvorstände, 3. die Hauschiedsgerichte und 4. die beiderseitigen Hauptvorstände. Alle Beschwerden über Nichterfüllung des Tarifs sind dem Ortsvorstandenden eines der beiden Vertragsparteien innerhalb acht Tagen nach der betreffenden Lohnzahlung zu unterbreiten. Die beiderseitigen Ortsvorstandenden können diese Beschwerden ohne Hinzuweisung weiterer Mitglieder zu schlichten versuchen. Wenn die beiden Vorstände nicht einig werden, geht die Beschwerde an die Ortsvorstände, und wenn auch hier keine Einigung erzielt, aber die Angelegenheit nicht binnen einer Woche erledigt wird, kann das Hauschiedsgericht angezogen werden. Als solches fungiert das Einigungsamt des Gewerbergerechtes, das in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise zu besetzen ist. Besteht zwischen einer Ortsgruppe des ABB und einer Filiale der Arbeitnehmerorganisation ein prinzipieller Streit über die Auslegung einer oder mehrerer Tarifpositionen, so ist derselbe nicht dem Hauschiedsgerichte, sondern dem Hauptverbanden zur Entscheidung zu unterbreiten. Die Schiedsprüche sind für beide Teile bindend. Streits und Aussparungen dürfen nur dann in Anwendung gebracht werden, wenn eine der Parteien sich weigert, den Schiedspruch anzuerkennen bezw. danach zu handeln.

Diese Vorschläge der Kommission wurden nach kurzer Debatte gegen zwei (Stuttgart) Stimmen angenommen. Dann erstallerte noch die Beschlüsse der Kommission Bericht. Die hier berührten Punkte sind nicht von Allgemeininteresse. Die Verhandlungen werden verlag.

k. Hamburg, 20. August 1910.

Sechster Verhandlungstag.

Den Bericht der Statutenberatungskommission — der zu Beginn der Sitzung entgegengenommen wurde — gibt Künze-Vorlin. Er betonte, die Kommission habe sich bei ihren Arbeiten von den Grundgeden leiten lassen, keine Erweiterung der Unterhaltungen und keine Erhöhung der Beiträge vorzunehmen. Die Kommission schlägt daher vor, über den größten Teil der Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Der Verbandstag stimmt auch diesen Vorschlägen zu und fällt so die Mehrzahl der Anträge heute unter den Tisch. Von den gestellten Beschlüssen werden wir hervorgehoben unter den Tisch. Von den gestellten Beschlüssen werden wir hervorgehoben unter den Tisch. Von den gestellten Beschlüssen werden wir hervorgehoben unter den Tisch. Von den gestellten Beschlüssen werden wir hervorgehoben unter den Tisch.

Den Bericht der Statutenberatungskommission — der zu Beginn der Sitzung entgegengenommen wurde — gibt Künze-Vorlin. Er betonte, die Kommission habe sich bei ihren Arbeiten von den Grundgeden leiten lassen, keine Erweiterung der Unterhaltungen und keine Erhöhung der Beiträge vorzunehmen. Die Kommission schlägt daher vor, über den größten Teil der Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Der Verbandstag stimmt auch diesen Vorschlägen zu und fällt so die Mehrzahl der Anträge heute unter den Tisch. Von den gestellten Beschlüssen werden wir hervorgehoben unter den Tisch. Von den gestellten Beschlüssen werden wir hervorgehoben unter den Tisch.

Vertical text on the left margin, partially cut off and illegible.